

CDU-Politiker in Washington: „Die SPD wollte sich damals nicht mit Trumps Wahlkampfteam beschäftigen“

Der CDU-Abgeordnete Thorsten Frei trifft in den USA Strategen der Republikaner. Seine Partei setze auf einen guten Draht in Donald Trumps Partei – anders als einst die SPD.



Maximilian Beer

16.07.2024 | 18:58 Uhr



„Dass meine Reise unmittelbar nach dem Attentat auf Donald Trump begann, war purer Zufall“, sagt der CDU-Politiker Frei.

Evan Vucci/AP

W

ährend die US-Republikaner ihren Parteitag in Milwaukee abhalten, reist Thorsten Frei nach Washington. Dort will der CDU-Politiker neue Kontakte knüpfen. Die Union bereitet sich auf eine Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl 2025 vor – und deshalb auch auf einen möglichen Wahlsieg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump.

Das Attentat auf Trump vom vergangenen Wochenende sei das beherrschende Thema, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Interview mit der Berliner Zeitung. Viele seiner Gesprächspartner seien aufgewühlt.

Herr Frei, wieso sind Sie gerade jetzt in die USA gereist?

Amerika steht inmitten eines spannungsgeladenen Wahlkampfes. Da ist es enorm wichtig, Kontakte in beide politische Lager zu vertiefen. Dass meine Reise unmittelbar nach dem Attentat auf Donald Trump begann, war purer Zufall.

Wie nehmen Sie die politische Stimmung nach dem Attentat wahr?

Der brutale Angriff auf den Präsidentschaftsbewerber ist das alles beherrschende Thema. Viele Gesprächspartner sind erkennbar aufgewühlt. Sie ahnen, dass der 13. Juli einem tiefen Einschnitt in der amerikanischen Politik gleichkommt.



Eibner/imagio

ZUR PERSON

Thorsten Frei, geboren 1973 in Bad Säckingen, ist der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion. Er sitzt seit 2013 im Deutschen Bundestag.

Mehr zeigen

Es heißt, dass das Attentat Donald Trump ins Weiße Haus bringen könnte. Wird die CDU in den kommenden Wochen die Kontakte mit den Republikanern ausbauen?

Als große und staatstragende Partei fühlen wir uns verpflichtet, stets gute Gesprächskanäle auf „beiden Seiten des Ganges“ zu pflegen. Amerika ist der bedeutendste Partner Europas in sicherheits- und wirtschaftspolitischen Fragen. Allein schon aus diesem Grund freue ich mich auf Einladungen in mehrere Denkfabriken und zu führenden Strategen der Republikaner.

Die Republikaner sind seit Jahrzehnten die große konservative Partei in den USA. Stehen sie der Union nicht ohnehin näher als die Demokraten?

Wir sollten vorsichtig sein, die großen amerikanischen Parteien mit der deutschen Parteienlandschaft zu vergleichen oder gar gleichzusetzen. Durch das Mehrheitswahlrecht spielen die Parteien in den USA ohnehin eine eher untergeordnete Rolle. Sie gleichen eher Wahlvereinen mit holzschnittartigen Programmen. Eine besondere Nähe spüre ich aber selbstverständlich zu den Politikern, die sich als Transatlantiker verstehen.

Wo sehen Sie inhaltliche Gemeinsamkeiten mit den Republikanern unter Trump?

Die Republikaner verstehen sich als führende Vertreter des freien Westens. Angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt sollten wir dieses gemeinsame Fundament immer im Blick behalten. Das wachsende Machtstreben in China, Russland, Iran und Nordkorea stellt uns vor Herausforderungen, denen wir gemeinsam am besten begegnen können.

Woran lag es, dass die Bundesregierung beim letzten Mal nicht auf die Präsidentschaft von Trump vorbereitet war? Immerhin hieß die Kanzlerin damals Angela Merkel, die CDU hat die Große Koalition angeführt.

Das Kanzleramt gibt die großen Linien vor. Aber die Pflege der diplomatischen Kanäle und insbesondere die Kontaktpflege zu ausländischen Oppositionsparteien ist zuallererst Aufgabe des Auswärtigen Amtes. Damals gab es bei der SPD einen erkennbaren Unwillen, sich mit dem Trumpschen Wahlkampfteam zu beschäftigen. Abgesehen davon sollten wir uns daran erinnern, dass auch Trump in gewisser Weise auf seine erste Präsidentschaft nicht vorbereitet war. Das wird sich aber nun ganz anders ausnehmen.

Ist Deutschland denn heute auf einen Präsidenten Donald Trump vorbereitet?

Von der Ampelkoalition wurde mehrfach betont, Kontakte in beide Lager halten und ausbauen zu wollen. Wie so oft ist den Ankündigungen dieser Regierung bisher nur wenig gefolgt. Schwerwiegender aber ist, dass es die Ampel versäumt, für eine selbstbewusste Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzutreten. Wir müssen verstehen, dass wir deutlich mehr Verantwortung für unsere eigene und die europäische Sicherheit übernehmen müssen. Das würde eine deutliche Akzentverschiebung im Haushalt bedeuten, die aber 2025 erneut nicht kommt. Und im ökonomischen Bereich geht es vor allem um die Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit. Auch da sollten wir nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren, sondern vor allem unsere Hausaufgaben erledigen.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.